



Stadtratsfraktion Bad Bentheim

Bad Bentheim, den 01.03.2008

Stadt Bad Bentheim
Bürgermeister Dr. Volker Pannen

Antrag

Die SPD – Ratsfraktion beantragt:

1. die Verabschiedung einer Resolution des Rates der Stadt Bad Bentheim, in der die Einrichtung eines Verkehrs- und Frachtflughafens Enschede/Twente abgelehnt wird,
2. die Beauftragung der Verwaltung mit der Überprüfung der rechtlichen Möglichkeiten der Stadt Bad Bentheim zur Verhinderung des Flughafenprojektes Enschede/Twente,
3. koordinierte Aktivitäten mit umliegenden Kommunen sowie Abgeordneten, Verbänden und Initiativen zur Verhinderung des Projektes zu starten.

Begründung

Den Bemühungen der Verwaltung zur Verhinderung eines Ausbaus des Flughafens Twente zu einem Verkehrs- und Frachtflughafen sollen nunmehr durch eine offizielle Stellungnahme der Stadt Bad Bentheim sowie weitere zielgerichtete Aktivitäten Nachdruck verliehen werden.

Wenngleich in den nächsten drei Jahren der Flughafen Enschede/Twente nur für Privat- und Geschäftsflugverkehr genutzt werden soll, werden die mittelfristigen Pläne für den Betrieb als Verkehrs- und Frachtflughafen mit Sorge beobachtet. Ein vollwertiger Zivilflughafen, der für eine ausreichende Rentabilität neben einem hohen Passagier- auch ein enormes Frachtaufkommen benötigt, beeinträchtigt die Interessen der Stadt Bad Bentheim erheblich. Die große Anzahl der Flugbewegungen wird zumindest teilweise Bad Bentheimer Stadtgebiet berühren und somit neben weiteren Umweltbelastungen zu erheblichen Lärmbelastigungen führen. Dies ist weder der Bevölkerung noch der wachsenden Zahl von Gästen des expandierenden Tourismusstandortes Bad Bentheim zuzumuten, ist schädlich für die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Stadt und der Region und insgesamt inakzeptabel.

Die lokalen Initiativen zur Verhinderung des Verkehrsflughafens Enschede/Twente weisen zu Recht auf die Alternativen mit den Flughäfen Schiphol, Münster/Osnabrück und Düsseldorf hin. Diese Initiativen verdienen die Unterstützung der Stadt Bad Bentheim.

Durch eine Resolution des Rates, die Einbindung der Institutionen und Abgeordneten sowie ggf. die Einleitung rechtlicher Schritte sollen die gemeinsamen Bemühungen zur Verhinderung des Projektes erfolgreich fortgesetzt und zu einem positiven Abschluss gebracht werden.

Friedbert Porepp
Fraktionsvorsitzender